

# DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

## DEUTSCHLAND

### BONN

#### REGIERUNGSBILDUNG

#### Formierte Gesellschaft

(siehe Titelbild)

FDP-Chef Erich Mende thronte im Bonner Hauptquartier seiner Partei in der Wahlnacht 1965 auf demselben Sofa wie in der Wahlnacht 1961. Aber während er damals Sekt kredenzen ließ, trank er diesmal rheinisches Dünnbier vom Faß.

Mende gegenüber flimmerte auf einem Aktenschrank ein Fernsehkoffer. Von der Mattscheibe zürnte CSU-Chef Franz-Josef Strauß, kaum daß die Stimmzählung beendet war: Mit „Druck und Erpressung“, wie sie von der FDP in der vergangenen Legislaturperiode ausgeübt worden seien und sie nun gegen ihn fortgesetzt werden sollten, müsse ein für allemal Schluß gemacht werden.

Noch in der Wahlnacht war mit der Kampfansage des bayrischen Volksführers an die Freien Demokraten die erste Runde der Bonner Regierungsbildung eröffnet, die bis zum 21. Oktober dauern wird, dem Tag, an dem der neue alte Bundeskanzler Ludwig Erhard sein Kabinett dem Bundespräsidenten und dem Bundestag vorstellen will. Diese erste Runde wird beherrscht von dem Zweikampf Strauß gegen Mende.

In den vier Jahren seit 1961 hat sich das Verhältnis zwischen Mende und Strauß von Grund auf umgekehrt. Damals waren die beiden gegen eine weitere Kanzlerschaft Konrad Adenauers verbündet und wollten gemeinsam Ludwig Erhard in den Sattel heben. Heute stehen Adenauer und Strauß in einer Kampffront gegen Kanzler Erhard und Vizekanzler Mende, die sich einig sind in dem Ziel, eine Bundesregierung zu bilden, in der Strauß nicht Minister wird.

Als die Stimmzählung beendet war, sprach Mende aus, was auch Erhard in diesem Moment dachte: „Wir sind um drei Sitze an der Katastrophe, an der absoluten Mehrheit der CDU vorbeigekommen.“

Nicht weit von Mende entfernt zog Ludwig Erhard in seinem Kanzler-Bungalow das Fazit: Er hatte die Wahl gewonnen, höher als selbst engste Mitarbeiter mit Ausnahme des getreuen Stabschefs Hohmann erwartet hatten, nicht so hoch, wie er es selbst in manchen Stunden befürchtet hatte.

Denn, so gestand er in diesem Augenblick im kleinsten Kreis: Die absolute Mehrheit hätte ihn einem nahezu unerträglichen Druck der bayrischen Parteifreunde ausgesetzt, so aber, angesichts der Notwendigkeit, mit der FDP zu koalieren, brauche er die bajuvarischen Pressionen nicht zu fürchten.

Wenige Minuten später feierte der Kanzler vor den Fernsehkameras die

„gute Zusammenarbeit der bisherigen Koalition“. In München dagegen drohte Franz-Josef Strauß zur selben Stunde vor Journalisten: „Alles werde ich dem Mende heimzahlen.“

Konrad Adenauer schlief in diesem Augenblick bereits. Von allen Hauptbeteiligten stand er am anderen Morgen als erster auf und sah die Glückwunschtelegramme durch, die der Eilbote Reinhold Betten vom Postamt Honnef bereits seit sechs Uhr in Stößen zu Adenauers weißem Haus am Faulen Berg in Rhöndorf befördert hatte.

Vor der Abfahrt in die Bundesresidenz — nach einem ausgedehnten Frühstück — erklärte er um 9.26 Uhr an der Gartenpforte seines Eigenheims dem SPIEGEL: „Das ist ein interessantes Ergebnis. Man muß es genau studieren.“

Wie genau er es zu dieser Stunde bereits studiert hatte, erfuhr als erster Strauß, der per Flugzeug nach Bonn geeilt war und dem der Parteipatriarch im Raum F 204 des Bundeshauses, in dem sich das CDU-Parteipräsidium versammelt hatte, vor Beginn der Sitzung erklärte: „Ich habe in meinem Wahlkreis 5000 mehr Erststimmen als Zweitstimmen. Das spricht dafür, daß das Vertrauen zu mir größer ist als das Vertrauen zur CDU.“

Ludwig Erhard trat dazwischen und glossierte Straußens Fernseh-Auftritt vom Vorabend: „Ich habe Sie heute nacht mannigfach erlebt.“ Der Bayer reagierte nicht auf den launigen Kanz-



Mende-Gegner Strauß, Freund, Strauß-Gegner Mende, Freund: „Das zweite Kabinett Erhard wird eine Übergangsregierung sein“

Rudolf Augstein

## BILDNIS EINES JUSTIZMINISTERS

Ohne daß Widerspruch laut würde, geistert durch die Schattenlisten der Spekulationen neben dem Namen des Berliner Rechtsanwalts Ernst Benda für das Amt des Bundesjustizministers der des Bundestagsvizepräsidenten Dr. Richard Jaeger, eines wortspitzen und unter vier Augen liebenswürdigen Mannes, der aber zum Justizminister taugt wie ein Vagabund zum Zeremonienmeister.

52 zählt er, und also muß er's jetzt oder nie packen. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, lebensklug wie der ungetreue Verwalter der Bibel, sieht in ihm einen „ausgezeichneten Kandidaten für dieses Amt“.

Ist er wirklich so ausgezeichnet? Kein anderer CSU-Politiker hat, immer nach dem Motto „Doch Brutus ist ein ehrenwerter Mann“, so intensiv den Namen Herbert Frahm geschwenkt („uns erscheint diese Frage müßig“), gegen Brandteinein gewissens Schicklgruberins Treffen geführt, der unter dem Namen Adolf Hitler umhergelaufen sei. Kein anderer hat dem ollen ehrlichen Seemann Heye Lügen vorgeworfen („Kann man ihn, der so lebhaft dagegen protestiert, daß er nicht ganz zurechnungsfähig sei, noch als Ehrenmann betrachten?“, so Jaeger in der Münchner „Abendzeitung“).

Keiner hat so beharrlich die Wieder Einführung der Todesstrafe verfochten. Aug in Aug mit dem „subversiven und ungeheuer gefährlichen Feind Bolschewismus“ sagte er noch 1961: „Es ist nicht undemokratisch oder eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und ihm fremd, die Todesstrafe für schwerste Fälle des Landesverrats auch in Zeiten, in denen kein Krieg herrscht, einzuführen.“ Diese Frage stelle sich dem Gesetzgeber „unausweichlich“, etwa wenn bei einem Generalstabsoffizier eine vorsätzlich wiederholte Handlung vorliege. (Die eine Hälfte der Welt, so erkannte Jaeger scharfsichtig, „wird von Gentlemen geführt, die andere von Banditen“.)

Die Argumente gegen die Todesstrafe stammten, so Jaeger, „aus der marxistischen und liberalen Mottenkiste des vorigen Jahrhunderts“. Willy Brandt wolle „den Wehrdienstverweigerern helfen und die Mörder vor der Todesstrafe schützen“. Und der Clou dieser Argumentation: „Wer will, daß Mörder endlich mit der Todesstrafe sühnen müssen, darf sicher nicht sozialdemokratische Kandidaten wählen.“

Als Bundesjustizminister hätte Jaeger die Strafrechtsreform voranzutreiben.

Und da möchte er klar sagen, „daß erster und wichtigster Gesichtspunkt für jede Strafe, ganz besonders für die Strafe bei Mord, meines Erachtens die Sühne ist“ (1961 in seinem Gespräch mit dem SPIEGEL). Der Sühne-Begriff ist bei ihm „weltanschaulich und religiös fundamentiert“. Nicht auf den Schutz der Gesellschaft, nicht auf die Resozialisierung des Täters kommt es ihm vorrangig an.

Jaeger fand denn auch nichts dabei, dem portugiesischen Staatspräsidenten Salazar, einem anderweitig bedeutenden Mann, „Rechtsschaffenheit und Rechtllichkeit“ zu attestieren. In Portugal herrscht ungefähr soviet Rechtsstaat wie in der DDR, nur etwas weniger. In Portugal wird nämlich gefoltert. Anders könne man, so sagte der Diktator selbst, nicht

herausbekommen, „wo die Gefangenen ihre verbrecherischen Waffen versteckt hatten. Nur nach einer Behandlung mit solch gewaltsamen Methoden erzählten sie die Wahrheit“. In den portugiesischen Kolonien, deren Untervivilisation selbst nach afrikanischem Maßstab bemerkenswert ist, konstatierte Jaeger „die bedeutenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen Portugals“.

Wer wie Richard Jaeger Wurzeln auf der Iberischen Halbinsel ins Erdreich der Diktatoren getrieben hat, kann auch den Notstandsgesetzen nicht fern sein. 1961

in Kempten stellte er die Frage, was denn wohl geschehen würde, wenn Unruhen im Ruhrgebiet ausbrächen, die bayrische Polizei dorthin delegiert würde und dann in dem „immerhin ziemlich roten Nürnberg und München“ ebenfalls Unruhen ausbrächen? Jaeger wußte einen Ausweg: „Entweder geht dann dieser Staat zugrunde, oder die Regierung wäre gezwungen, außerhalb der Verfassung oder sogar gegen sie tätig zu werden.“

Die bildhafte Sprache liebt dieser künftige Justizminister. Hätte der Bundestag sich die Politik der Sozialdemokraten zu eigen gemacht, so wären „die Panzer der Roten Armee längst in Bayern eingerollt, und auf dem Marienplatz in München würde die Rote Fahne wehen“ (Bayrischer Rundfunk 1961). Unter allen Panikmachern der Bundesrepublik steht er ganz vorn und ganz oben an.

Man wird wohl nicht fehlgehen in der Erwägung, daß keine wie immer gearteten Notstandsgesetze beschlossen werden könnten, wenn der Bundesjustizminister Dr. Richard Jaeger hieße.



Jaeger

ler, sondern wandle sich dem Schwaben Gerstenmaier zu: „Wir von der CSU liegen mit unserem Ergebnis sogar noch vor Baden-Württemberg.“

Parteichef Adenauer eröffnete die Sitzung und zog einen Brief aus der Tasche, den in dieser Runde bis zu diesem Augenblick außer ihm nur Strauß kannte. Den Brief hatte Bundespräsident Heinrich Lübke drei Tage vor der Wahl an die vier Parteichefs Adenauer, Strauß, Brandt und Mende geschickt. Mit ihm hatte Lübke die Weichen für die von ihm gewünschte Große Koalition zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten stellen wollen.

In dem Schreiben erinnerte der Präsident an seine Verfassungsvollmacht, dem neugewählten Bundestag den Bundeskanzler zur Wahl vorzuschlagen. Und in der Erwartung, daß es ein Photo-Finish zwischen CDU/CSU und SPD und damit einen Zwang zur schwarz-roten Regierung geben würde, hatte Lübke versucht, die politische Entscheidung an sich zu reißen: „Gleichzeitig möchte ich Sie bitten, in Ihrer Partei darauf hinzuwirken, daß keine Vorschläge für den Kanzler gemacht und befürwortet werden, die bei der Bevölkerung Verwirrung schaffen könnten.“

Die klare Entscheidung des Wahlvolkes indes hatte jede Möglichkeit der Verwirrung ausgeschlossen. Die CDU-Präsidenten jedenfalls waren am Montag letzter Woche nicht zusammengekommen, um einen Rat des Bundespräsidenten entgegenzunehmen, sondern um ihren Wahlsieger Erhard als Kanzler zu nominieren.

Der Geschäftsführende Parteivorsitzende Dufhues, der sich selbst in seiner Eigenschaft als Wahlkampfleiter den Erfolg vom Sonntag mit zuschreibt und der intern bereits als Erhard-Konkurrent im Kampf um den Parteivorsitz auftritt, schnitt dem Altkanzler fast das Wort ab und machte kurzen Prozeß: „Wir können uns kein langes Gezerrere leisten. Wir dürfen diesen Raum nicht verlassen ohne zu sagen: Erhard wird Bundeskanzler.“

Adenauer stimmte zu: „Was wollen Sie denn, meine Herren. Ich bin doch auch dafür, daß der Herr Erhard Bundeskanzler wird.“

Nach dieser Ouvertüre schossen sich Adenauer und Strauß auf näherliegende Ziele ein. Der CSU-Chef kritisierte die gesamtdeutsche Politik der letzten Jahre und hatte damit denn auch schon seinen Intim-Feind, den Gesamtdeutschen Minister Erich Mende, im Visier. Adenauer kritisierte die Europa-Politik und das schlechte deutsch-französische Verhältnis. Damit zielte er auf Außenminister Schröder, über den er bereits vor der Wahl gesagt hatte: „Dieser Mann kann unmöglich Außenminister bleiben.“

Kanzler Erhard stoppte vorerst die Anti-Schröder / Mende-Verschwörung: Erst einmal müsse eine gemeinsame Kommission aus Mitgliedern des CDU-Präsidiums, des CSU-Vorstands und der Fraktionsführung die Sachfragen beraten, ehe mit der FDP verhandelt werde und die künftige Regierung ihren Kurs festlege.

Nachmittags trafen sich die Christdemokraten beim Bundeskanzler wieder

\* Auf dem nächsten CDU-Parteitag soll der dann 90jährige Parteivorsitzende Konrad Adenauer auf den Posten eines Alterspräsidenten abgeschoben werden.

— in größerem Kreis. Im Kabinettsaal des Palais Schaumburg trat um 15 Uhr der Bundesvorstand der CDU zusammen, dem auch alle Landesvorsitzenden angehören. Der Hausherr hatte ein kaltes Büfett mit scharfen Drinks aus dem Bonner Hotel Königshof kommen lassen.

Schon bei dieser Gelegenheit traten die Hilfstruppen Schröders vor die Front: die norddeutschen CDU-Politiker aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen. In diesen protestantischen Bundesländern hat die CDU große Gewinne einheimen können (siehe Seite 34).

An der Spitze dieser „Rettet Schröder jetzt!“-Bewegung stehen der aus Schleswig-Holstein stammende Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und der Hamburger CDU-Landesvorsitzende Erik Blumenfeld. Sie sind der Meinung, daß die pro-amerikanische Linie der Bonner Außenpolitik, verbunden mit

Der im Palais Schaumburg versammelte Bundesvorstand der CDU beschloß dann, den Wohnungsbauminister Paul Lübke, der seit langem Befürworter einer Großen Koalition ist, nach nebenan in die Villa Hammerschmidt, dem Dienstsitz des Bundespräsidenten, zu schicken. Lübke hatte den Auftrag, Heinrich Lübke schonend beizubringen, daß sein Konzept einer Koalition mit der SPD nicht verwirklicht werden könne.

Lübke, Duzfreund des Staatsoberhauptes, meldete dem Präsidenten: „Du, Heinrich, es ist anders gekommen.“

Der Bundespräsident war realistisch. Als er am nächsten Tag, am Dienstag letzter Woche, die Parteivorsitzenden zu ersten Gesprächen empfing, erklärte er: „Die Situation ist ja so weit klar, daß da nicht viel Neues daraus entstehen kann.“

Dem abgeschlagenen SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt gab er mensch-

ten ließ sich Heinrich Lübke von dem Heidelberger Staatsrechtler Professor Hans Schneider ein Gutachten erstellen. Fazit: der Bundespräsident darf seine Unterschrift zu einer Ministerernennung verweigern, wenn er begründete Einwände geltend machen kann.

Im Grundgesetz steht: „Die Bundesminister werden... vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.“ An anderer Stelle aber, so im Bundesverfassungsgerichtsgesetz, hat der Gesetzgeber die Formulierung gebraucht: „Der Bundespräsident hat zu...“ Daraus folgte der vom Staatsoberhaupt um das Gutachten gebetene Staatsrechtler, daß der Bundespräsident nur dann keine Entscheidungsfreiheit habe, wenn der Gesetzestext ausdrücklich diese Muß-Formel enthalte.

Schon zweimal hatte Heinrich Lübke seine Unterschrift unter Minister-Ernennungen verweigern wollen: 1961 bei seinem eigenen Nachfolger im Landwirt-



Erhard-Gegner Lübke, Besucher: „Du, Heinrich, es ist anders gekommen“

einer elastischen Ostpolitik, beibehalten bleiben müsse, Schröder sei ein Garant für diese Politik; seine Absetzung würde ein Alarmsignal bedeuten.

Ludwig Erhard reagierte ausweichend und undurchsichtig. Teils ließ er erkennen, daß er an Schröder festhalten wolle, falls es irgend möglich sei, teils verhehlte er aber auch nicht, daß sein persönliches Verhältnis zum Außenminister getrübt sei und daß er eigentlich den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kiesinger lieber im Auswärtigen Amt sähe. Auf jeden Fall aber wolle er vor der ganzen Welt deutlich machen, daß der Bundeskanzler auch die Richtlinien der Außenpolitik bestimme.

Immerhin hat sich das sachliche Vertrauen des Kanzlers zu seinem Außenminister verbessert. Ludwig Erhard hat erkannt, daß Schröder mit seinen Prognosen hinsichtlich der Tendenzen der Außenpolitik de Gaulles und der Warnung vor einer Zerstörung von Nato und EWG durch Paris recht behalten hat. Darüber hinaus ist dem Kanzler klargeworden, daß die Gegner Schröders — Adenauer und Strauß — zugleich die Gegner seiner Kanzlerschaft sind.

lichen Zuspruch mit auf den Weg zurück nach Berlin. Er versprach ihm auch, dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokraten nicht aus dem Staat hinausgedrängt würden. Brandt hinterher: „Ich gehe hier mit dem Gefühl weg, eine Partei zu vertreten, an der der Herr Bundespräsident nicht vorbeigeht.“

Tatsächlich bleibt das Konzept einer Großen Koalition im Bonner Spiel. Zu weit waren die Vorgespräche vor der Wahl schon gediehen, zu viele Politiker hatten sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß ein Szenenwechsel auf der Bonner Bühne vorgenommen würde, der die Lösung großer Probleme wie einer Finanzreform oder die Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik gegenüber Ost und West ermöglichen könne. Sie alle, mit Lübke, Adenauer und Strauß an der Spitze, rechnen jetzt, wie es einer von ihnen gegenüber dem SPIEGEL formulierte: „Das zweite Kabinett Erhard wird nur eine Übergangsregierung sein.“

Außerdem will der Bundespräsident, der nach dem Beschluß der CDU/CSU jetzt nicht aktiv in die Kanzlerwahl eingreifen kann, wenigstens die Kabinettsbildung beeinflussen. Schon vor Mona-

schaftsministerium, Werner Schwarz, den er nur nach hartem Widerstand akzeptierte, und bei der Ernennung Gerhard Schröders zum Bundesaußenminister, an dessen Berlin-Treue Lübke damals zweifelte. Er unterschrieb Schröders Ernennungsurkunde erst, als Adenauers Kampfgefährte Heinrich Krone als Sachwalter der geteilten Hauptstadt ins Kabinett aufgenommen wurde.

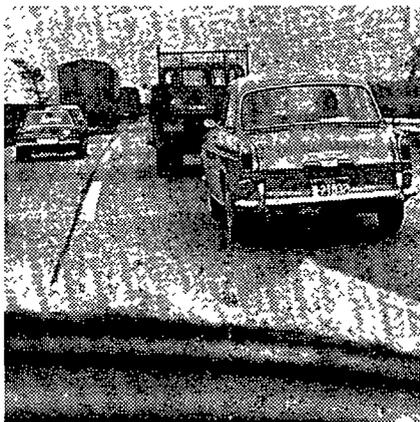
Auch diesmal erklärt Heinrich Lübke jedem, der es hören will, daß er mit dem Außenminister nicht zufrieden ist. So beschwert sich der Bundespräsident vor allem darüber, daß er von Schröder nicht ausreichend informiert werde — eine Beschwerde, mit der Lübke keineswegs allein steht. Auch Konrad Adenauer hat sie schon oft vorgebracht, und andere prominente CDU-Politiker mokieren sich über die Geheimniskrämerei des Außenministers, der bestimmte Teile von Geheimpapieren mit beiden Händen zu bedecken pflegt, wenn er Parteifreunden Einsicht gibt.

Heinrich Lübke hat auch schon einen eigenen Vorschlag für das Amt des Außenministers vorgebracht: den Frankfurter Bankier Hermann Josef Abs, der

**Ob Sie in der Stadt fahren -**



**auf der Autobahn -**



**oder auf der Landstraße -**



... KLIPPAN-Sicherheitsgurte schützen Sie und Ihre Mitfahrer. Darum denken Sie daran - vor dem Start - KLIPPAN-Gurte anlegen. KLIPPAN-Gurte verhüten mehr als 80% aller Verletzungen bei Auto-unfällen.



aus KLIPPAN 2-Punkt-Gurt DM 54,-  
hochfest KLIPPAN 3-Punkt-Gurt DM 64,-  
Unverbindlicher Richtpreis.  
Einschließlich aller Zubehörteile.

KV 6502

**KLIPPAN**



Umworbener Barzel: Als Nebenzkanzler etabliert

vor Jahren schon von Konrad Adenauer als Chef des Außenamtes in Erwägung gezogen worden war und von dem Lübke vor der Wahl sogar als möglichem Kanzler einer Allparteienregierung gesprochen hatte.

Aber Lübkes Vorschlag hat keine Aussicht: Die CDU-Politiker wollen sich ihre Politik nicht von einem Außen-seiter vorschreiben lassen.

Auch Schröder-Feind Strauß müßte mit dem Widerstand Heinrich Lübkes rechnen, wenn er jetzt schon seine Rückkehr ins Kabinett erzwingen wollte. Seit der SPIEGEL-Affäre hat der Bundespräsident mehrmals durchblicken lassen, daß er Strauß nicht für geeignet halte, ein Ministeramt zu bekleiden.

Aber Franz-Josef Strauß will gar nicht in Erhards Kabinett. Jedenfalls

sagt er es heute so in kleinem Kreis. Der CSU-Vorsitzende ist der Meinung, daß Warten seine politische Position nur stärken könne. Darüber hinaus vertritt er die Auffassung, daß die zwischen ihm und Ludwig Erhard bestehenden Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Sachfragen zu einer Belastung der 5. Bundesregierung werden könnten.

Außerdem möchte sich der CSU-Vorsitzende in der nächsten Zeit seiner Familie mehr widmen, als es die Leitung eines großen Ressorts in Bonn zulassen würde.

An einer Bedingung allerdings hält Franz-Josef Strauß fest: Die Freien Demokraten, allen voran Erich Mende, sollen ihr Veto („FDP geht in keine Regierung mit Strauß“) gegen ihn zurücknehmen.



Umstrittener Schröder: Als Außenminister in Gefahr

Strauß hält es für unerträglich, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als sei es die FDP, die seinen Einzug in die Bundesregierung verhindere.

Seine Vertrauten in Bonn weisen darauf hin, daß die CSU sich notfalls an einer Koalition mit der FDP nicht beteiligen werde, wenn die FDP nicht bereit sei, Franz-Josef Strauß wenigstens moralisch zu rehabilitieren.

Daß der FDP-Vorsitzende Erich Mende seinerseits nicht daran denkt, die menschlichen Brücken zu Franz-Josef Strauß völlig abzubauen, zeigt ein Vorfall, der sich erst vor drei Wochen ereignet hat. Zu seinem 50. Geburtstag und zu seiner Überraschung erhielt der CSU-Vorsitzende zwei große Blumensträuße von der Familie Mende: einen, von dem FDP-Bundesvorsitzenden, mit besten Wünschen „trotz politisch-sachlicher Auseinandersetzungen“, und einen zweiten von Frau Margot Mende.

Zu der Forderung von Strauß, das Verdikt gegen eine Ministerkandidatur des Bayern zurückzunehmen, erklärte Mende letzte Woche dem SPIEGEL: „Wir haben ein solches Verdikt nicht ausgesprochen, denn das wäre verfassungswidrig. Wir haben nur erklärt, daß wir uns nicht an einer Bundesregierung beteiligen werden, in der auch Franz-Josef Strauß sitzt. Die Entscheidung liegt nun allein beim Kanzler.“

Um die Taktik der CSU gegenüber der FDP in den Koalitionsverhandlungen festzulegen, versammelte Strauß am Dienstag letzter Woche die Bundestagsabgeordneten und Vorstandsmitglieder seiner Partei im Münchner Hauptquartier.

Aber der Name des verhassten Widersachers fiel nicht. Von Erich Mende war nicht die Rede, obwohl jedes Wort auf ihn gemünzt war. Strauß benutzte die leise Grausamkeit jener Medizinmänner aus dem Busch, die ihr Opfer nicht direkt, sondern durch Beschwörung töten. Das Zauberwort hieß: Sachfragen.

Die Versammlung war überrascht. Sie empfand, wie es einer ausdrückte, die Atmosphäre als „sehr vornehm“. Auch Alkohol erhitzte die Gemüter nicht. Anstelle von Freibier gab es Fruchtsäfte.

Zwar stand am selben Dienstag im „Bild“ nach einem Gespräch zwischen Strauß und einem „Bild“-Redakteur die Strauß-Außerung zu lesen: „Ich gehe nicht in ein neues Kabinett Erhard! Aber auch Herr Mende wird nicht in diese Regierung kommen.“

Doch auf Befragen von Journalisten, ob „Bild“ ihn richtig zitiert habe, wich Strauß zunächst aus und erklärte schließlich auf die Frage, ob er eine entsprechende Äußerung wenigstens dem Sinne nach getan habe: „Ich weiß nimmer.“

Bereits wenige Minuten später gab Strauß dem Mende noch mehr Rabatt. Es gehe ihm nur darum, Mende „gewisser Funktionen“ im Kabinett zu entkleiden.

Strauß und seine CSU wollen den FDP-Chef vom Stuhl des Gesamtdeutschen Ministers stoßen. Sie wissen, daß sie Erich Mende nicht in die Opposition drängen können, weil Ludwig Erhard die Freien Demokraten zur Regierungsbildung so nötig hat wie der Arme das Geld.

Eine außenpolitische Nebenregierung der Freien Demokraten mit Hilfe des Gesamtdeutschen Ministeriums wollen



Am liebsten

# Gillette

## RASIER-CREME

...weil der dichte Schaum im Nu den Bart erweicht.

Diese erstaunliche Wirkung wird durch die wertvollen, natürlichen Seifenkomponenten garantiert.

Darum auch: bessere Gleitfähigkeit und längere Lebensdauer der Klinge – mehr Schonung für Ihre Haut.



Dazu die beste Klinge von Gillette: die Silver Gillette



Außenminister-Kandidat Gerstenmaier  
Eigene Wahl

die Christlich-Sozialen aber nicht länger dulden, schon gar nicht, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, Gerhard Schröder aus dem Auswärtigen Amt herauszuboxen und durch Kurt Georg Kiesinger zu ersetzen. Und wenn es nicht Katholik Kiesinger ist, so würden die katholischen Strauß-Knappen sogar den Protestanten Eugen Gerstenmaier akzeptieren.

Für ihren Landesvater Kiesinger machen sich in der CDU nicht nur die baden-württembergischen Abgeordneten stark. Der frühere außenpolitische Star-Redner der CDU im Bundestag genießt in der gesamten Fraktion viel Sympathie.

Kiesinger hat, was ihm in Bonn sehr geschadet, bereits erklärt, daß er das Amt des Außenministers annehmen würde, wenn die sachlichen Vorbedingungen geklärt werden können. Kiesinger zum SPIEGEL: „Ich habe ganz klare Vorstellungen, die europäisch determiniert sind. Ich würde das Amt jedoch nicht annehmen, wenn es nur darum geht, eine Lücke auszufüllen, die dadurch entsteht, daß irgendwer irgend jemandes Kopf fordert.“

Kiesinger zu Bedenken darüber, daß er während der NS-Zeit schon als Hilfsreferent in Ribbentrops Auswärtigem Amt tätig war: „Ich habe nie eine NS-Diplomatenuniform gehabt und auch nie eine getragen.“

In dem Willen, Mende das gesamtdeutsche Portefeuille abzugeben und ihn auch als Vizekanzler abzulösen, vereinen sich die Bayern nun mit solchen Kräften in der CDU, die genau wie Mende und seine FDP zum Entsetzen der Kalten CSU-Krieger eine Öffnung nach Osten und sogar zur Zone wünschen, denen es aber auch ein Dorn im Auge ist, daß die Freien Demokraten das Gesamtdeutsche Ministerium zu einer Art Partei-Propagandazentrale ausgebaut haben.

Ministerkandidat dieser christdemokratischen Ostkämpfer ist der stellvertretende Vorsitzende des gesamtdeutschen Bundestagsausschusses, Johann Baptist Gradl, einer der wenigen CDU-Politiker, die sich in den vergangenen Jahren mit konkreten und kühnen

Wiedervereinigungs-Programmen hervorgewagt haben. Für Gradl wird deshalb von der Brigade Erhard vorsichtshalber schon eine Ausweichposition bereitgehalten: das Vertriebenenministerium.

Zu diesen Verschiebe-Plänen sagte Mende dem SPIEGEL: „Wir werden wie Löwen um das Gesamtdeutsche Ministerium kämpfen. Ich denke nicht daran, mich etwa ins Innenministerium abdrängen zu lassen.“

Bevor aber die Entscheidungsschlacht zwischen Mende und Strauß, zwischen Christdemokraten und Freien Demokraten beginnt, müssen CDU und CSU sich erst untereinander einig werden, was sie und wen sie überhaupt wollen.

Kanzler Erhard hat Erich Mende mitgeteilt, daß vor dem 3. Oktober keine Einladung zu Koalitionsgesprächen zu erwarten sei. An diesem Sonntag, dem 3. Oktober, werden auch die beiden Nachwahlen in Schweinfurt und im Obertaunus entschieden, die das endgültige Sitze-Verhältnis im neuen Bun-



Außenminister-Kandidat Kiesinger  
Erhards Wahl

destag bestimmen. Sollte die FDP dabei schlecht abschneiden, so könnte sie noch eines ihrer vorläufig über die Landeslisten erreichten Mandate verlieren. Dann würden CSU und FDP mit je 49 Abgeordneten gleich stark im Bonner Parlament vertreten sein. Gegenwärtig rechnet man für die FDP 49 plus ein Berliner Mandat.

Für die FDP ist das von großer Bedeutung. Denn nicht nur Mende steht auf der Abschußliste der CDU/CSU, sondern auch Bundesfinanzminister Dahlgren, der einzige überlebende Hamburger FDP-Bundestagsabgeordnete. Schon im Frühsommer auf dem CDU-Wirtschaftstag haben Adenauer, Strauß und andere Christdemokraten gefordert, daß ihre Partei wieder die Herrschaft über die Staatskasse übernehmen müsse. CSU-Kandidat für dieses Ministerium: Schatzminister Dollinger, CDU-Kandidat: der junge Krupp-Direktor Stoltenberg.

Schließlich fordern die CSU-Bayern die Errichtung eines Europa-Ministeriums, das, wie es Strauß in einem in

London erschienenen Buch proklamiert hat, auch mit dem Gesamtdeutschen Ministerium zusammengelegt werden könnte. In der Bruderpartei der CDU dagegen ist man allenfalls bereit, einen EWG-Minister zu akzeptieren, der die Brüsseler Verhandlungen koordinieren soll.

Der Mann, auf den letztlich alles ankommt, der sein Kabinett bilden und nun mit der Macht, die er „aus den Händen des Volkes“ (Ludwig Erhard) empfangen hat, fertig werden muß, der Bundeskanzler, hielt sich in der letzten Woche ganz zurück.

Er verfolgt, wie schon bei seiner Regierungsbildung vor zwei Jahren, die Taktik, sich vom Parteien-Pendel fernzuhalten, um schließlich als ehrlicher Makler allen Zwist schlichten zu können.

Nur einzelne Spitzenfunktionäre wurden zu längerem Gespräch empfangen:

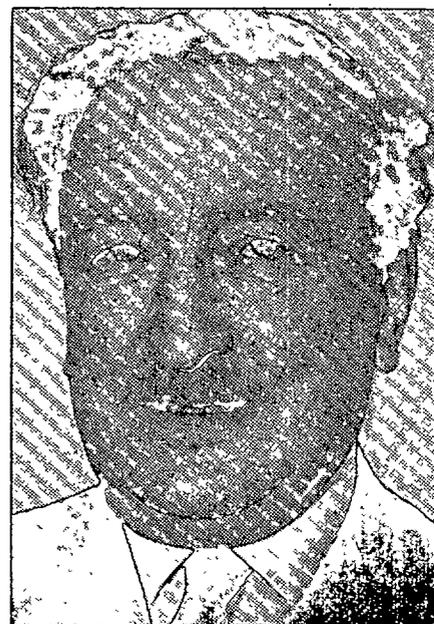
▷ CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel, der die Schlüsselposition christdemokratischer Parlamentspolitik hält und eine Rolle als Nebenzkanzler übernommen hat, seit er ausdrücklich auf eine Außenminister-Kandidatur verzichtete;

▷ Verteidigungsminister von Hassel und Erik Blumenfeld, die darauf hinwiesen, daß es konfessionelle Schwierigkeiten geben könnte, wenn der evangelische Außenminister Schröder durch einen Katholiken, wie Kiesinger, ersetzt würde;

▷ Wirtschaftsminister Kurt Schmücker.

Erhard rauchte, hörte zu und sagte wenig. Auch in der dritten christdemokratischen Regierungsbildungs-Konferenz, der Mammutsitzung der alten und neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion am letzten Donnerstagnachmittag, blieb Erhard dunkel. Überall in der Welt gebe es immer neue Krisen. Deshalb: „Wir müssen die Nato stärken und müssen für die Nato werben.“ Der Rest war Schweigen, der Beifall schwach.

Pressestaatssekretär von Hase nach der Sitzung: „Aus dem neuen Kabinett eine formierte Gesellschaft zu machen, wird eine schwierige Aufgabe sein.“



Außenminister-Kandidat Abs  
Lübkes Wahl